Bundesrat Gnägi : Militär ist nicht schuld an Finanzmisere

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **52 (1979)**

Heft 8

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-518736

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bundesrat Gnägi: Militär ist nicht schuld an Finanzmisere

Offensichtlich in der Absicht, seinen unablässigen, ungeteilten Einsatz für die Stärkung der Landesverteidigung zu betonen und damit die oftmals harsche Kritik aus Zürcher Offizierskreisen abzudämpfen, hat Bundesrat Rudolf Gnägi in Zürich «eindeutige, klare Prioritäten in der Finanzplanung des Bundes» gefordert. In einem Vortrag kritisierte der Vorsteher des Militärdepartements vor zahlreichem Publikum, dass «bei den Sparmassnahmen am Schluss alles beteiligt wird, so dass keine klare Linie erkannt werden kann». So sei es bisher leider nicht gelungen, eindeutige, klare Prioritäten in der Finanzplanung des Bundes festzulegen, bemängelte er.

Bundesrat Gnägi, der von der Kantonalen Offiziersgesellschaft auf seinen eigenen Wunsch hin zu diesem Vortrag eingeladen worden war, ging ausführlich auf die Finanzmisere des Bundes ein, wobei er die Ansicht äusserte, dass «die Landesverteidigung nicht die Schuld an der leeren Bundeskasse trägt». Der Personalstopp sei im EMD strikte befolgt worden, obwohl neue Waffen und Geräte immer mehr Personal für Wartung und Ausbildung erforderten. Die verschiedenen Kürzungsrunden in der Finanzplanung hätten auch dem Militärdepartement wesentliche Abstriche auferlegt, und nach Abzug der Teuerung stünden heute für Militärausgaben nicht mehr Mittel zur Verfügung als vor zehn Jahren.

Gnägi illustrierte diese Aussage mit Hilfe von Zahlen. Während der Aufwand für soziale Wohlfahrt von 1322 Millionen (1970) auf 3183 Millionen Franken (1978) angestiegen sei, hätten die Ausgaben für Landesverteidigung in der gleichen Zeit lediglich von 2014 auf 3151 Millionen zugenommen. Erstmals habe also letztes Jahr die Wohlfahrt das Militär überholt, unterstrich der Bundesrat und fügte wörtlich bei: «Es ist deshalb unzutreffend, wenn bisweilen behauptet wird, die Landesverteidigung habe den Ausbau des Sozialstaates behindert.» Unmissverständlich warnte Gnägi davor, beim Militär weitere «Sparübungen» durchzuführen; denn Sicherheit stelle eine Daueraufgabe dar, bei der nicht kräftezählende Zwischenspurts, sondern die beharrliche Dauerleistung zähle.

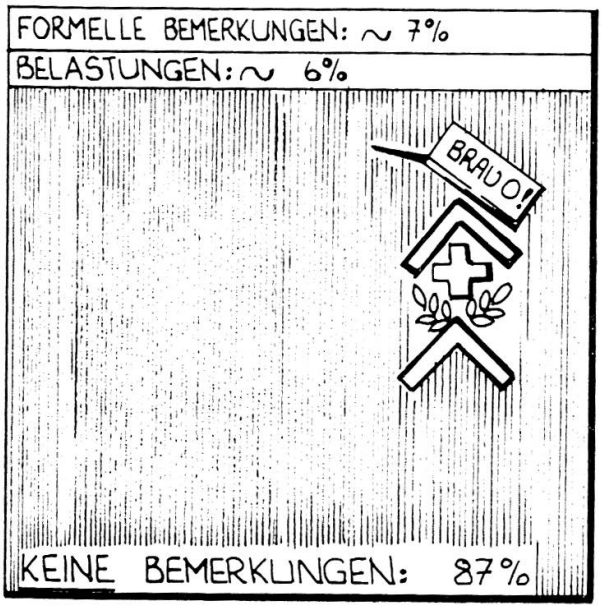
Voraussetzung für eine grosszügigere Berücksichtigung militärischer Anliegen ist freilich für den Chef des EMD die Sanierung der Bundesfinanzen.

Die vermehrten Anstrengungen sind, wie Bundesrat Gnägi weiter ausführte, vor dem Hintergrund einer weltpolitischen Szenerie, «die mehr als je zuvor zum Aufsehen mahnt», eines Wettrüstens «von bisher nie erlebter Intensität» nötig. Mittel zum Zweck ist zurzeit das Armeeleitbild 80, von dem die ersten beiden Teilschritte, die neue Versorgungskonzeption sowie die Verstärkung der Infanterieregimenter mit schweren Minenwerfern und der Feld -und Grenzdivisionen mit zusätzlichen Panzerbataillonen, zum Teil bereits abgeschlossen sind. Weitere Schritte sollen Verbesserungen im Panzerabwehr-, Flab-, Sanitäts- und Luftschutzbereich bringen. Bereits in Vorbereitung ist ein mobiles Lenkwaffensystem für die Fliegerabwehr, und es laufen Versuche mit Flabkanonenpanzern.

Glücklicherweise kostet laut Gnägi nicht alles soviel Geld. Zu den billigeren Massnahmen gehört zum Beispiel die Neufassung des Dienstreglements, das demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt und nächstes Jahr in Kraft gesetzt werden soll. Diese «Charta des Soldaten» werde durch verschiedene Begleitreglemente, so durch eine neu erarbeitete «Grundschulung» und einen Behelf für Einheitskommandanten, ergänzt.

(Tages-Anzeiger 28. 4. 79)

Wussten Sie schon?

Die beiden folgenden Skizzen, die gar nicht Anspruch erheben auf gesamtschweizerische Gültigkeit, zeigen die Verteilung aller Revisionsbemerkungen innerhalb einer ganzen Division. Zwei Dinge springen einem in die Augen: Erfreulich ist, dass nur in 6 % aller Revisionsprotokolle Belastungen zu notieren sind, Belastungen, die sich möglicherweise als begründete Auslagen entpuppen. Nach Durchsicht aller Revisionsbemerkungen muss ich hier allerdings anfügen, dass dies praktisch nie zutrifft, da durchwegs «rechte Böcke» geschossen worden sind.

Das zweite betrifft die Art der Revisionsbemerkungen: Rund 50 % betreffen immer noch die Gemeindeabrechnungen. Welches mag der Grund sein, dass diese Abrechnung absoluter Spitzenreiter ist bei den Fehlerquellen? Ob sich hier eine Stimme aus dem Leserkreis meldet in der Rubrik «Kamerad, was meinst Du dazu . . . ?» Leser können diese Rubrik anonym oder mit voller Zeichnung des Namens benützen, der Redaktion hingegen sollte die Adresse wegen Rückfragen bekannt sein.